Meinung

Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Pin-up-Berlin



Nachdem am vergangenen Wochenende klar war, dass die SPD in Berlin weiterhin den Bürgermeister stellen kann, hat Sigmar Gabriel den Berlinern dazu gratuliert, „anständig" geblieben zu sein. „Berlin bleibt sozial und menschlich anständig", sagte Gabriel in der Kreuzberger Columbiahalle, in der die SPD das Wahlergebnis feierte. Anderswo lobt man eine Wahlentscheidung, weil man sie für vernünftig hält. Bei der SPD sieht man Wahlen offenbar wieder als eine Art moralische Ertüchtigungsübung.

Es gibt jetzt ein helles und ein dunkles Berlin. Im hellen Berlin leben die Menschen, die es wert sind, Teilnehmer des „Zusammenhalts" zu sein, den die SPD für den Fall ihres Wahlsiegs versprochen hat. Besonders hell ist es in Friedrichshain-Kreuzberg, wo Rot-Rot-Grün auf 7o Prozent der Stimmen kam. Je weiter man sich von der Mitte entfernt, desto mehr nimmt das Licht ab. Ganz dunkel ist es in den Randgebieten: Da haben sie entweder CDU (Westen) oder AfD (Osten) gewählt.

Im dunklen Berlin, wo die nicht so Anständigen wohnen, gab es jetzt auch Direktmandate der AfD. Kaum stand der erste Abgeordnete fest, machten Fotos seiner Facebook-Seite die Runde. Wie es aussieht, hat der Mann nicht nur ein Faible für Björn Höcke, den sie bei der AfD wie einen Heiligen verehren, sondern auch für leicht bekleidete Damen, die über erstaunliche Oberweite verfügen. Die Leute, die seine Bilder herumschickten, verzichteten auf jeden Kommentar. Es war klar, dass sie davon ausgingen, dass es für sich selbst spricht, wenn einer auf Facebook Pin-up-Fotos postet.

Es tut mir leid, das hier so schreiben zu müssen, aber nicht alle Menschen finden Bilder von Frauen mit großem Busen automatisch schlimm. Es gibt mehr Männer, die gern leicht bekleidete Frauen sehen, als man sich das im hellen Teil von Berlin träumen lässt. Einige von ihnen leben sogar dort, wo es menschlich besonders anständig zugeht.

Ich finde es faszinierend, wie schwer es manchen Menschen fällt, sich vorzustellen, dass woanders über viele Dinge anders gedacht wird, als sie es gewohnt sind. Aus dem rot-grünen Mauseloch betrachtet, ist schon ein anzüglicher Satz auf einem Werbeplakat ein solcher Skandal, dass man am besten ein Gesetz dagegen macht. Ein paar Kilometer weiter weiß man gar nicht, worüber sich die Leute aufregen.

Theoretisch sind alle immer ganz weltoffen, niemand gilt gern als Spießer. Selbst der AfDler behauptet von sich, nichts gegen Fremde zu haben. Aber wehe, die Weltoffenheit wird dann getestet! Vielleicht sollten wir uns angewöhnen, mit unseren Nachbarn so umzugehen wie mit anderen Völkern: Bevor wir die Augen darüber rollen, wie zurückgeblieben jemand ist, könnten wir für fremde Sitten und Gebräuche erst mal Interesse zeigen. Manchmal ist man selbst der Exot, für den man den anderen hält.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im WechsRalf

Kittihawk



Die Rettung der Volksparteien

So gesehen *Wie die AfD Parlamentariern von CDU und SPD den Job sichert*

Eins muss man Norbert Lammert lassen: Der Mann hat eine hohe Frustrationstoleranz. Bis zur Sommerpause will der Bundestagspräsident eine Reform des Wahlrechts zustande bringen. Anfang des Jahres war Lammert schon einmal mit seinem noblen Vorhaben gescheitert. Er will verhindern, dass der Bundestag zu groß wird. Es wird ihm auch diesmal nicht gelingen.

Durch ein Wahlrecht. dessen Finessen auch 90 Prozent der Abgeordneten nicht verstehen, könnte das Parlament bei der nächsten Bundestagswahl von eigentlich 598 Abgeordneten auf über 700 Volksvertreter aufgebläht werden. Der Zuwachs käme den bisherigen Volksparteien Union und SPD zugute, verantwortlich wäre aber die AfD. Sie wird voraussichtlich auf Kosten von Union und SPD Zweitstimmen gewinnen und dadurch die Zahl der Überhangmandate vergrößern. Die müssten ausgeglichen werden.

Wenn die großen Parteien prozentual verlieren würden, gäbe es also mehr Ausgleichsmandate. Union und SPD wären dann vielleicht nach Stimmenanteil keine Volksparteien mehr, nach der Zahl der Abgeordneten aber schon. Und da die Parlamentarier den Satz „Erst das Land, dann die Partei, dann die Person" seit je von rechts nach links lesen, wird Lammerts Überzeugungsarbeit vergebens bleiben. Und die AfD wird zum Arbeitsplatzgaranten für genau jene etablierten Politiker, die sie angeblich bekämpft.

Ratf Neukirch